
Der baptistische Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche in den USA in den vergangenen 100 Jahren

Richard Pierard

Das Engagement für die Religionsfreiheit ist ein Kennzeichen der baptistischen Bewegung. Von ihren Anfängen in England und Nordamerika im 17. Jahrhundert und Deutschland im 19. Jahrhundert haben die Baptisten immer Religionsfreiheit gefordert. Die beste Möglichkeit, diese zu verwirklichen, ist durch eine Trennung zwischen Kirche und Staat gegeben. Die Gründung einer Staatskirche (oder Etablierung, wie wir es nennen) oder die offizielle Anerkennung irgendeiner Kirche ist automatisch eine Bedrohung der Freiheit aller anderen christlichen und sogar nicht-religiösen Gemeinschaften. Es gibt eine umfangreiche theologische und historische Literatur über dieses Thema, und ich kann dieses Thema nicht in einem kurzen Referat abhandeln. Stattdessen will ich mich auf Entwicklungen unter nordamerikanischen Baptisten konzentrieren, die bei Ihnen in Deutschland nicht so gut bekannt sind. Die Sache bereitet mir große Sorgen, da die religiöse Rechte in den USA und ihre fundamentalistischen Verbündeten eine starke Offensive gegen die Trennung von Kirche und Staat betreiben. Besonders richte ich mich da gegen unsere Südbaptisten, die mehr Interesse daran haben, die politische Macht und einen komfortablen Sitz im Palast des Kaisers zu erringen, als für ihre historischen Prinzipien einzutreten.

Einige frühe baptistische Beiträge in Amerika

In Amerika wurde die Trennungsidee zuerst von Roger Williams postuliert. In einem berühmten Ausspruch in seiner Schrift *The Bloody Tenent of Persecution* (Der blutige Glaubenssatz der Verfolgung) sprach er von „der Hecke oder Mauer zwischen dem Garten der Kirche und der Wildnis der Welt.“ Er wollte eine klare Trennung zwischen den öffentlichen und kirchlichen Bereichen. Baptisten wurden in den Kolonien für ihren Glauben verfolgt – z. B. wurde Obadiah Holmes 1651 wegen Predigens auf dem Boston Common öffentlich ausgepeitscht, und Baptisten im 18. Jahrhundert in Virginia wurden deshalb ins Gefängnis gesperrt, wo sie dann vom Fenster aus zu Passanten predigten. Ein Freund von mir, Fred Anderson, der Leiter der *Virginia Baptist Historical Society*, hat das Türschloss des Kreisgefängnisses, in dem Baptisten eingekerkert waren, bevor das Gebäude im 19. Jahrhundert abgerissen wurde. Er zeigt dieses Artefakt stolz, um heutige Baptisten, die so tun, als würden sie zu einer etablierten Kirchen gehören, daran zu erinnern, dass ihre Vorfahren ganz radikal waren.

Zur Zeit der amerikanischen Revolution arbeiteten Baptisten wie Isaac Backus in Massachusetts und John Leland in Neuengland und Virginia unermüdlich daran, die Behörden von den Unterschieden zwischen dem öffentlichen und kirchlichen Bereich zu überzeugen und etwas gegen die Vormachtstellung der kongregationalistischen Kirche in Connecticut und Massachusetts zu unternehmen. Die Verfassung der neuen amerikanischen Republik (1787) war ein ganz und gar säkulares Dokument, und die einzige Erwähnung der Religion steht im Artikel 6: „Kein religiöser Test soll jemals verlangt werden, um sich für irgendein öffentliches Amt in den Vereinigten Staaten zu qualifizieren.“

Baptisten und anderen bereitete es Sorgen, dass individuelle Rechte in der Verfassung nicht aufgeführt waren, und der verfassunggebende Konvent tagte 1789 wieder, um eine Reihe von 10 Zusatzklauseln zu verabschieden, die wir die *Bill of Rights* nennen. Einige führende Baptisten in Virginia wandten sich an James Madison, den Hauptautor der Bill of Rights, um in Sachen Religionsfreiheit ein klares Ergebnis zu erreichen. Anschließend schrieb er an Präsident George Washington, dass die Baptisten mit den Verfassungszusätzen zufrieden seien. Der erste Zusatz lautet: „Der Kongress darf kein Gesetz bezüglich der Etablierung einer Religion verabschieden oder ihre freie Ausübung verbieten.“ Da diese Religionsklauseln am Anfang des ersten Zusatzes stehen, bezeichnen Wissenschaftler die Religionsfreiheit oft als die „erste Freiheit“.

Ein anderer wichtiger baptistischer Beitrag stammt aus dem Jahre 1802. Der baptistische Kreisverband von Danbury im Staat Connecticut beklagte sich bei Präsident Thomas Jefferson über die etablierte kongregationalistische Kirche in ihrem Bundesstaat. Er antwortete am 1. Januar 1802 mit einem sorgfältig geschriebenen Erklärungsbrief. Darin führte er aus:

„Ich stimme mit Ihnen überein, dass die Religion eine Sache ist, die allein den Menschen und seinen Gott betrifft, dass er niemandem sonst für seinen Glauben oder seinen Gottesdienst Rechenschaft schuldig ist, dass die rechtmäßigen Ansprüche der Regierung nur Taten und nicht Meinungen sind, und deshalb betrachte ich mit ernster Ehrfurcht jene Handlung des ganzen amerikanischen Volkes, das erklärte, dass ihre Legislative ‚kein Gesetz bezüglich der Etablierung einer Religion verabschieden oder ihre freie Ausübung verbieten‘ darf; deshalb wird eine Trennmauer zwischen Kirche und Staat gebaut.“

Jefferson benutzte den Ausdruck von Roger Williams, um seine Verurteilung des Bündnisses von Kirche und Staat zu formulieren.

Das Oberste Gericht (*Supreme Court*) zitierte diesen Brief 1878 als gültiges Verfassungsrecht im Fall der Polygamie bei Mormonen und wiederholte diese Meinung 1947 in einem anderen Fall und seither zum wiederholten Male. Daher haben diejenigen, die Kirche und Staat nicht trennen, sondern im Gegenteil zusammen bringen (wollen) und die eine staatliche Unterstützung für ihr religiöses Eigentum und Unternehmungen wie Schulen, moralische Werte, soziale Programme, usw. erhalten wollen – und das reicht von den Katholiken

im 19. und 20. Jahrhundert bis zu der religiösen Rechten und bis zu den Anhängern von Ex-Präsident George W. Bush – diese Form von Trennung vehement verneint. Die Mehrheit dieser Schreiber and Redner waren hohlköpfige Fernsehprediger und Propagandisten, die den historischen Unsinn förderten, Amerika sei als eine christliche Nation gegründet worden.

Trotzdem gab es eine ernsthafte wissenschaftliche Arbeit von Professor Philip Hamburger (jetzt an der Juristischen Fakultät der Columbia University) mit dem Titel *Separation of Church and State* (Harvard University Press, 2002). Er legt die querköpfige „revisionistische“ These dar, dass die Gründer der Nation und frühe religiöse Dissenter bewusst vermieden hätten, das Wort „Trennung“ zu benutzen, und dass es deshalb nie in den Zusatz der Verfassung eingeflossen ist. Stattdessen behauptet er, dass es im 19. und frühen 20. Jahrhundert sowohl als eine protestantische antiklerikale und antikatholische Polemik als auch als Werkzeug von Säkularisten benutzt wurde, um die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Dies habe das völlige Erlblühen der Religionsfreiheit im zeitgenössischen Amerika verhindert.

Das Buch sieht völlig über den historischen Beitrag der Baptisten hinweg, die Mauer zwischen Staat und Kirche aufrechtzuerhalten, und zwar nicht wegen antikatholischer Bigotterie oder eines Wunsches, säkulare Kultur zu bewahren, sondern wegen ihrer Bindung an die „Seelenfreiheit“ (*soul freedom*). Alle Menschen erhalten ihre Freiheit als eine Gabe Gottes, und diese schließt religiöse Freiheit ein. Wir sind frei, den christlichen oder irgendeinen anderen Glauben abzulehnen. Trennung von Kirche und Staat schützt die Gewissensfreiheit aller Menschen.

Der Rechtsprofessor Douglas Laycock von der Texas-Universität beschreibt das Trennungsprinzip genauer. Er erläutert, dass es bedeutet, die Autorität der Kirche von der Autorität des Staates zu trennen, so dass die Religion so weit wie möglich der persönlichen Entscheidung und privaten Verantwortung überlassen bleibt. Das Resultat ist die Minimierung des Einflusses der Regierung auf die Religion. Diese schützt alle Religionen vor dem Staat, unterscheidet nicht zwischen Religionen und versucht auch nicht, den Einfluss irgendeiner Religion zu vermindern. Trennung und Neutralität sind hier die maßgeblichen Begriffe. Sie dienen dem Ziel einer persönlichen Entscheidung. „Die Regierung darf nicht versuchen, einen Glauben oder den Glauben an irgendeine Religion“ zu fördern.¹

Der Baptistische Weltbund

Gegründet 1905 während des ersten baptistischen Weltkongresses in London, konzentrierte sich der baptistische Weltbund (BWB) durchgehend auf Fragen der Religionsfreiheit, besonders für Baptisten. Bei dem Kongress

¹ D. Laycock, „The Many Meanings of Separation“, in: *University of Texas Law Review* 70:4 (2003), 1689.

rief Edgar Young Mullins (1860–1928), der Präsident des Südbaptistischen Theologischen Seminars, aus: „Um verantwortlich zu sein, muss man frei sein!“, und fügte hinzu: „Eine freie Kirche in einem freien Staat.“ Diese beiden Sätze seien die absoluten Normen der baptistischen Theologie.² Dem 3. Kongress 1923 legte Mullins (1923–1928 Präsident des BWB) die Erklärung (*Eine Mitteilung des Baptistischen Weltbundes an die Baptistische Bruderschaft, an andere christliche Brüder und an die Welt*) vor, um die er gebeten worden war. Der Kongress beschloss, dass sie gedruckt und verbreitet werden sollte.³ Ein besonderer Satz verdient unsere Aufmerksamkeit:

Baptisten glauben an die Religionsfreiheit für sich selbst ebenso wie für alle Menschen. Für sie ist diese Freiheit nicht nur ein Recht, sondern auch eine Leidenschaft. Zwar empfinden wir keine Sympathie für Atheismus, Agnostizismus oder Materialismus, aber wir treten für das Recht des Atheisten, des Agnostikers und des Materialisten auf seine religiösen oder irreligiösen Überzeugungen ein.⁴

Bei jeder Tagung des Weltbundes nach dem ersten Kongress 1905 sprachen Redner und Resolutionen Fragen der Religionsfreiheit an und kritisierten das Verhalten etablierter Kirchen und ihrer Staatsförderer, weil sie die Freiheit von Baptisten beschnitten. Die Akten des Weltbundes enthalten viele Briefwechsel zu Fragen der religiösen Freiheit. Auch die Erklärung von 1989 über baptistische Identität, die von der Studienkommission für baptistisches Erbe abgefasst wurde, fasst die Einstellung zusammen. Sie lautet: Unter den Merkmalen dieses Volkes steht „seine Forderung nach Religionsfreiheit für sich und alle Menschen oben.“⁵

Obwohl der Weltbund im Laufe der Jahre seine Interessenbereiche erweitert hat, bleiben Fragen der Religionsfreiheit weiterhin auf der Tagesordnung. Die Verfassung von 2004 beteuert, dass es ein Ziel des Baptistischen Weltbundes ist, „als Vermittler der Versöhnung zu wirken, den Frieden für alle Menschen zu suchen und die Ansprüche auf fundamentale Menschenrechte einschließlich voller Religionsfreiheit aufrechtzuerhalten.“⁶

Zurück zu E. Y. Mullins. Die umfangreichste Darlegung seiner Ideen ist in seinem Buch *Grundsätze der Religion (Axioms of Religion)* von 1908 enthalten. Dort weist er darauf hin, dass im 17. und 18. Jahrhundert Baptisten die Lehren von der Seelenfreiheit und die totale Trennung von Kirche und Staat vertraten. Ihr Einfluss komme „zu vollem Ausdruck im ersten Verfassungszusatz, der in jeder Hinsicht englischen und europäischen Theorien entgegenstand.“ Dadurch hätten wir „einen echten Beitrag zur Weltzivilisation“ geleistet. Weiter sagt er, die Ziele, der Regierung seien „moralisch“, aber nicht „religiös.“ Die Funktionen von Kirche und Staat sind ganz unterschiedlich:

² First Baptist World Congress, London 1905, 151 f.

³ R. V. Pierard (Hg.), *Baptists Together in Christ*, Falls Church, Virginia 2005, 60.

⁴ Zitiert in: W. B. Shurden, *The Baptist Identity*, Macon, Georgia 1993, 50.

⁵ *Baptist World Alliance*, Faith, Life, and Witness, Birmingham, Alabama 1990, 149.

⁶ *Baptist World Centenary Congress*, Official Report (2005), 248.

Die Kirche ist eine freiwillige Organisation; der Staat zwingt zum Gehorsam. Der eine ist zeitlich, die andere geistlich... Die direkte Loyalität der Kirche gilt Gott; im Staat gilt sie dem Recht und der Regierung. Der eine ist für den Schutz des Lebens und Eigentums, die andere fördert geistliches Leben. Eine etablierte Religion unterminiert das Prinzip von gleichen Rechten und gleichen Vorrechten für alle, die ein Teil unseres organischen Rechts ist. Sowohl in politischer als auch religiöser Hinsicht gilt die Lehre der Trennung von Kirche und Staat. In gleicher Weise können bürgerliche Freiheit und Seelenfreiheit nicht gleich gesetzt werden.⁷

G. W. Truett: Baptisten und religiöse Freiheit

George Washington Truett (1867–1944) war, von 1897 bis zu seinem Tod 47 Jahre später, Pastor der First Baptist Church in Dallas und eine führende Persönlichkeit im Baptistischen Weltbund (Präsident von 1934 bis 1939). Er war auch ein in der Südbaptistischen Versammlung (SBC) bedeutender Pastor. Im Jahr 1920 fand die Jahrestagung dieses Bundes in Washington DC statt. Einige Kirchenleiter in der Bundeshauptstadt baten Truett, bei einer besonderen Versammlung vor dem Kapitol über das Thema „Baptisten und Religionsfreiheit“ zu sprechen. Die Rede wurde am 16. Mai 1920 auf den Stufen der Ostseite des Kapitols vor einer Zuhörerschaft von 10 000 bis 15 000 Menschen einschließlich mehrerer Kongressabgeordneter und Beamten gehalten. Baptistische Historiker betrachten diese Ansprache als eine der wichtigsten öffentlichen Kundgebungen, die je zur Religionsfreiheit abgehalten wurden. Der Verlag der SBC druckte die Rede sofort und verbreitete sie weltweit.⁸

In einem schnellen Überblick über das baptistische Engagement zur Förderung religiöser Freiheit berührte Truett auch ihre historische Entwicklung und wie sie sich ganz organisch aus baptistischen Prinzipien entwickelte. Er identifizierte diese als: die absolute Herrschaft Christi, die Bibel und besonders das neue Testament als die Leitlinie für Glauben und Praxis, die Ablehnung der Kindertaufe, die Sakramente als Symbole des Wirkens Christi, die Gemeinde als eine reine Demokratie sowie eine freie Kirche in einem freien Staat.

Er wandte sich der Geschichte zu und sagte, dass die Kirche aus Menschen bestehe, die von der Liebe Gottes und Leidenschaft Christi glühen und die ohne Prestige und weltliche Macht sind. Jedoch, so Truett, setzte nach der Bekehrung Konstantins „eine unvergleichliche Apostasie (Abfall)“ ein. Der Papst tauchte auf, der behauptete, den Schlüssel zum Reich Gottes zu besitzen. Er funktionierte als der Monarch der Welt. In der Reformation kam eine neue Hoffnung für die Welt auf, aber die Reformation blieb unvollkommen, weil die Verbindung von Kirche und Staat fort dauerte.

⁷ Text in *H. L. McBeth*, A Sourcebook for Baptist Heritage, Nashville 1990, 464 ff.

⁸ Ein Hauptteil des Textes ist zu finden in *McBeth*, 467–477.

Die Baptisten in Amerika aber kämpften für Religionsfreiheit gegen überwältigend erscheinende Machtverhältnisse, aber hatten die Gründer für ihre Sache gewonnen „bis endlich in die Verfassung unseres Landes geschrieben wurde, dass Kirche und Staat in diesem Land ewig getrennt und frei sein müssen, dass keines von beiden je auf die unverkennbaren Funktionen des anderen eingreifen dürfe. Das war in erster Linie eine baptistische Leistung.“ Es war ein einsamer Kampf, da viele der religiösen Führer damals auf der Seite legalisierter kirchlicher Privilegien standen. Jedoch kämpften Baptisten um Religionsfreiheit, nicht nur für sich selbst, sondern auch für alle anderen – für Protestanten aller Denominationen, Römisch-Katholische, Juden, Quäker, Türken, Heiden und alle Menschen überall.

Dann ließ Truett „einen sofortigen Appell“ an alle Baptisten ergehen, Religionsfreiheit zu bewahren und zwar für ihre Zeit und für diejenigen, die ihnen folgen würden. Wir dürften die Freiheit, die wir jetzt haben, nicht missbrauchen. Dies erfordere Evangelisation, das Lehren christlicher Werte, die Förderung öffentlicher Moralität und die Verbreitung der Demokratie in der ganzen Welt.

Kurz gesagt, die frühen Baptisten bestätigten die Ideen, die schließlich baptistisches Denken im Verhältnis von Kirche und Staat während des größten Teils des 20. Jahrhunderts beherrschen sollten. Freiheit des Glaubens bedeutet eine Verpflichtung zu vollkommener Religionsfreiheit, nicht bloß ein Dulden oder Tolerieren. Religionsfreiheit ist ein Recht, während Dulden ein Zugeständnis der Machthabenden ist. Diese Freiheit muss für alle gelten, nicht für einige wenige Auserwählte oder für diejenigen, die einem nicht-christlichen Glauben angehören oder gar keinen Glauben haben. Es bedeutet „Trennung von Kirche und Staat“, nicht irgendein Übereinkommen zwischen Kirche und Staat oder eine Bevorzugung einer Kirche über eine andere. Kirche und Staat existieren nebeneinander oder, wie es heißt, als „freie Kirche in einem freien Staat.“⁹

Joseph M. Dawson: Verfechter der Religionsfreiheit

Der wichtigste baptistische Verfechter oder Befürworter der Religionsfreiheit in der Mitte des 20. Jahrhunderts war ohne Zweifel Joseph Martin Dawson (1879–1973).¹⁰ In Texas geboren graduierte er an der Baylor Universität und schwankte zwischen einer Karriere als Journalist oder der Berufung zum Geistlichen. Er entschied sich für Letzteres und arbeitete in mehreren Gemeinden, hauptsächlich aber in der First Baptist Church in Waco (Texas), wo er von 1915–1946 Pastor war. Stark beeinflusst von dem in den Nordstaaten verbreiteten Sozialen Evangelium kritisierte Dawson

⁹ *Shurden*, Baptist Identity, 49–51.

¹⁰ Vgl. *J. M. Dawson, A Thousand Months to Remember*, Waco, 1964.

die Ausbeutung von Kindern, Einwanderern und Frauen und verurteilte Rassendiskriminierung und den Ku Klux Klan, besonders nachdem er in Waco Zeuge einer Lynchjustiz geworden war. Wegen seiner sozialen Meinung war er die Zielscheibe des aggressivsten Fundamentalisten in Texas, J. Frank Norris.

In den 1920-er und 1930-er Jahren lernte er mehrere bedeutende Persönlichkeiten der ökumenischen Bewegung kennen, und sein nationaler Ruf wuchs schnell. Im Jahre 1937 veröffentlichte er mit *Christ and Social Change* (Christus und soziale Veränderung) ein bedeutendes Buch im Verlag der Nordbaptisten, weil der südbaptistische Verlag das Manuskript abgelehnt hatte. Das Buch behandelte Themen, die heiße Eisen waren, zum Beispiel die Ausbeutung der Pächter (*sharecroppers*) von Farmen habgieriger Plantagenbesitzer. In einer 1944 gehaltenen Rede in Ridgecrest, Nordkarolina, wo er „zwischen der traurigen Sache, die man Dulden nennt, und dem viel besseren Prinzip der Religionsfreiheit“ unterschied, erregte er beträchtliches Aufsehen, besonders weil sie gedruckt und weit verbreitet wurde.¹¹ Dieses führte zu seinem Erscheinen auf der bundesweiten Bühne.

Als das Ende des zweiten Weltkrieges nahte, wurde Dawson Vorsitzender des südbaptistischen Komitees für Weltfrieden. In seiner Rolle als der Friedensfachmann der Südbaptisten nahm er im März 1945 in Cleveland, Ohio an der Nationalen Studienkonferenz der Kirchen für einen gerechten und dauerhaften Frieden teil. Dies war eine ökumenische Tagung, die unter anderem Änderungen an den Dumbarton-Oaks-Vorschlägen von 1944 für eine Vereinigung der Nationen zugunsten des Friedens vornahm. (Dies war eine Vorstufe zur Bildung der UNO.) Seine Einstellung führte zu öffentlicher Anerkennung, und die Konferenz der Kirchen bat ihn, den Vorsitz ihres Ausschusses für Religionsfreiheit zu übernehmen. Sofort verlangte er, dass volle Religionsfreiheit überall eingerichtet werden sollte.

Zwei Monate später wohnte er mit dem Generalsekretär des baptistischen Weltbundes, Walter O. Lewis, der Gründungskonferenz der UNO in San Francisco bei. Nach seinen eigenen Aussagen „trugen die beiden einhunderttausend Eingaben von Baptisten aus Nord und Süd, Weißen und Schwarzen vor, die verlangten, dass die UN-Charta eine Garantie für Religionsfreiheit für alle Menschen einschließen sollte.“¹² Damals waren sie nicht erfolgreich, aber die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen (angenommen 1948) beinhaltet eine starke Klausel zur Religionsfreiheit. Dawson berichtete 1947 vor dem baptistischen Weltkongress, dass diese Erklärung bald angenommen werden würde.¹³

¹¹ Ebd., 169.

¹² Ebd., 161.

¹³ *Seventh Baptist World Congress* (1947), 70 f.

Bildung des Gemeinsamen baptistischen Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten¹⁴

Ein formelles baptistisches Engagement begann am 16. März 1938, als die Südbaptistische Versammlung den Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit einrichtete. Die Aufgaben dieses Ausschusses waren, das Wächteramt gegenüber Regierungsstellen zu übernehmen und die Kirchenleitung über Vorkommnisse, die die Freiheit beeinträchtigten, zu informieren.¹⁵

Im folgenden Jahr bildete die Nordbaptistische Versammlung einen ähnlichen Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten.¹⁶ Bald diskutierten die beiden Versammlungen über die Möglichkeit eines gemeinsamen Unternehmens, und die zwei Ausschüsse arbeiteten auch bei gemeinsamen Fragen von beiderseitigem Interesse zusammen. Die NBC wünschte eine Verschmelzung der beiden Ausschüsse, aber die SBC stimmte erst im Jahr 1941 zu. Dann verhinderte der Krieg weitere Aktionen, und erst 1946 konnte ein gemeinsamer Ausschuss gegründet werden. Die beiden schwarzen baptistischen Versammlungen wurden eingeladen beizutreten.

Jetzt wurde der Ausschuss *Baptist Joint Committee for Public Affairs* genannt und man berief Joseph M. Dawson als ersten Geschäftsführer. Er gab seine Stelle in Waco auf und zog nach Washington um. Der baptistische Weltbund räumte dem Ausschuss ein Büro in seinem Gebäude ein. Dawson stand dem Ausschuss bis 1954 vor, als er in den Ruhestand ging. Seine Nachfolger waren C. Emanuel Carlson, James E. Wood, Jr., James M. Dunn and jetzt J. Brent Walker. Für finanzielle Unterstützung hing der Ausschuss von Beiträgen der verschiedenen baptistischen Versammlungen und kleiner Denominationen, einzelner Gemeinden und privater Personen ab.

Dawson gab die Zeitschrift *Report from the Capital* heraus, die noch heute erscheint. Sie informiert die tragenden baptistischen Gruppen über bedeutende Gesetzgebungsverfahren und Regierungsaktionen auf dem Gebiet des Verhältnisses von Kirche und Staat. Dawson warb auch die Unterstützung kleinerer baptistischer Denominationen an, obwohl die mehr separatistischen Gruppen gar kein Interesse daran hatten, sich dem Ausschuss anzuschließen. Die Verfassung (1949) spezifizierte, dass der Gemeinsame baptistische Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten „ermächtigt ist, das historische traditionelle baptistische Prinzip der Religionsfreiheit und besonders der Trennung von Kirche und Staat, wie sie in der Verfassung der Vereinigten Staaten verkörpert ist, auszusprechen, zu verteidigen und auszudehnen.“ Das bedeutete, dass sich die Aktivitäten des Ausschusses auf Fragen von Religionsfreiheit sowie Trennung von Kirche und State beschränken sollten. Dazu gehören: Wahlpropaganda von Kirchen, Fragen

¹⁴ S. L. Hasteley, „A History of the Baptist Joint Committee on Public Affairs, 1946–1971“, Diss. Southern Baptist Theological Seminary (1973) ist die Hauptquelle für die frühen Jahre des Ausschusses.

¹⁵ *Southern Baptist Convention*, Annual (1936), 95.

¹⁶ *Northern Baptist Convention*, Annual (1937), 278.

der Zivilreligion, Übertretung der Rechte einer Gemeinde, ihren Glauben auszuüben, Gebet und religiöse Übungen in Schulen sowie Ausstellung von religiösen Symbolen auf öffentlichem Eigentum.

Bis heute liegt die Betonung darauf, dass die Grundsätze des Ersten Verfassungszusatzes, das heißt keine Etablierung einer Religion und die freie Ausübung der Religion, eingehalten werden und dass Regierung und kirchliche Gruppen in gleicher Weise daran gehindert werden, die Verfassungsgrenzen zu übertreten. In seiner Arbeit bemüht sich der Ausschuss, den falschen Eindruck zu vermeiden, dass er für Baptisten „spricht“ oder Baptisten „vertritt.“ Stattdessen spricht er „zu“ Baptisten. Er informiert sie über Regierungsaktionen, über die Prinzipien der Trennung von Kirche und Staat sowie über ungefährdete Religionsfreiheit. Um diese Ausrichtung zu unterstreichen, änderte der Ausschuss 2005 seinen Namen, so dass es jetzt *Baptist Joint Committee for Religious Liberty* (Gemeinsamer baptistischer Ausschuss für Religionsfreiheit) heißt.

Im Gegensatz zu den anderen konfessionellen Lobby-Organisationen in Washington gibt dieser Ausschuss zu keinen anderen sozial-politischen Fragen Stellungnahmen ab – nur zu denen, die mit Religionsfreiheit und Trennung von Kirche und State zu tun haben. Das führte zu ernsthaften Problemen in den 1980-er Jahren, als die Fundamentalisten verlangten, dass der Ausschuss eine viel größere sozial-politische Tagesordnung unterstützen sollte, nämlich die der neuen christlichen Rechten.

Andere baptistische Aktivitäten im Interesse der Religionsfreiheit und der Trennung von Kirche und Staat

Im Jahre 1947 nahm J.M. Dawson eine führende Rolle in der Gründung von „Protestanten und andere Amerikaner gemeinsam für die Trennung von Kirche und Staat“. Dessen Aktivitäten fingen in einem Büroraum des Gemeinsamen baptistischen Ausschusses an, und zwei Jahre lang war Dawson der erste Vorstandssekretär und stellvertretender Direktor. Dann wurde Rechtsprofessor Glenn Archer (1906–2002) aus Kansas ernannt, die Gruppe zu verwalten. Dawson blieb noch mehrere Jahre danach Vizepräsident. Die Gruppe wurde später in „Vereinigte Amerikaner für die Trennung von Kirche und Staat“ umbenannt oder einfach „*Americans United*“. Es war von Anfang an eine interkonfessionelle Organisation, aber bedeutende Baptisten waren unter ihren ersten offiziellen Vertretern, z. B. Edwin McNeill Poteat und Louie D. Newton, und andere Baptisten hatten im Laufe der Jahre Ämter in *Americans United* inne.

Ursprünglich wurde die Organisation gegründet, um Römisch-katholische Bemühungen, Geld von der Bundesregierung zu erhalten, um ihre konfessionellen Schulen und Krankenhäuser zu unterstützen, entgegenzutreten. Von Anfang an war *Americans United* eine viel aggressivere Lobbygruppe als der Gemeinsame baptistische Ausschuss, und diese Organisa-

tion ist heute in Washington DC die führende Verfechterin der Trennung von Kirche und Staat, während die Religiöse Rechte ihr Erzfeind ist.

Im Jahre 1951 führte Dawson einen interkonfessionellen Feldzug gegen die Absicht von Präsidenten Harry S. Truman, einen Botschafter zum Vatikan zu ernennen. Dawson behauptete, dies sei die diplomatische Anerkennung einer Kirche und übertrete damit weit die Trennung von Kirche und Staat. Der baptistische Standpunkt in dieser Frage blieb bis zur Entstehung der neuen christlichen Rechten eindeutig. Dann bewilligte Präsident Ronald Reagan 1984 die diplomatische Anerkennung des Heiligen Stuhls, und die konservativen Baptisten und andere Evangelikale sagten wenig dagegen – ohne dass es einen Sieger gab, dachte ich damals.

Drei Jahre nach seiner Pensionierung 1954 im Alter von 75 wurde Dawson von der Baylor-Universität mit der Bildung des J. M. Dawson Instituts für Kirchen- und Staatsstudien geehrt. Es war das erste Programm überhaupt, das exklusiv diesem Sachgebiet gewidmet wurde. Zum Direktor des Instituts wurde James E. Wood Jr. ernannt, ein ehemaliger südbaptistischer missionarischer Lehrer in Japan und damals Religionsprofessor an der Baylor-Universität. Wood baute das Institut zu einer weltbekannten Institution aus. Im Jahre 1959 gründete es die Fachzeitschrift *Journal of Church and State*, die heute die wichtigste wissenschaftliche Zeitschrift in diesem Bereich ist. Darüber hinaus gibt es ein Studienprogramm, bei dem man einen M. A. oder Ph. D. mit Schwerpunkt Kirche und Staat erlangen kann. Auch unterstützte das Institut eine hervorragende Bibliothek und brachte Vorlesungen und andere Publikationen heraus.

Von Zeit zu Zeit haben Baptisten in den USA bemerkenswerte Erklärungen verfasst, um die Religionsfreiheit zu wahren. Im Jahre 1939 verabschiedeten die südbaptistischen, nordbaptistischen und nationalbaptistischen Versammlungen (die drei größten baptistischen Denominationen in den USA) ein Papier mit dem Titel „Eine Erklärung zur Religionsfreiheit“. Darin wurden verschiedene Theorien zur Religionsfreiheit aufgeführt und beschlossen: „Die Kirche ist vom Staat getrennt, eine Ansicht, die von Baptisten überall verfochten wird und von jeder Regierung gehalten wird, die Religionsfreiheit zu ihren grundlegenden Gesetzen zählt.“ Die Erklärung fasste die historische Entwicklung der Religionsfreiheit zusammen, legte großen Wert auf Freiheit des Gewissens und auf freie Kirchen in einem freien Staat und äußerte Besorgnis über die derzeitige Situation, einschließlich Regierungspaternalismus, Zwang zur Kirchensteuer und Steuergelder für sektiererische Zwecke sowie die Gefahr von diplomatischen Beziehungen zu irgendeiner kirchlichen Organisation oder gar die Gewährung spezieller Privilegien.¹⁷

Ein anderer Beitrag war die Veröffentlichung „Baptistische Kennzeichen und Mannigfaltigkeiten sowie Unterschiede zwischen Baptisten.“¹⁸

¹⁷ *Southern Baptist Convention*, Annual (1939), 114–116.

¹⁸ Valley Forge, Pennsylvania 1964.

Dieses Dokument (eigentlich eine Broschüre) wurde im Jahre 1964 für die 150-Jahrfeier der Gründung der *Triennial Convention*, der ersten baptistischen denominationellen Organisation in Nordamerika, geschrieben. Die Schrift enthielt eine weitreichende Diskussion von Merkmalen und wurde von fünf Denominationen in den USA und einer in Kanada gebilligt. Unter anderem trat sie bestimmt ein für „eine gründliche Trennung von Kirche und Staat, weil die Komponenten und Funktionen der beiden nicht identisch sind, und jede muss getrennte Verwaltungen, getrennte Einkommensquellen und getrennte Ausbildungsprogramme erhalten.“ Obwohl Baptisten einstimmig erklären, dass der Staat direkte Kontrolle über die Kirche nicht praktizieren, sich nicht in ihre Selbstverwaltung einmischen oder rechtlichen Druck auf einzelne Person in Fragen der Religion in Glauben und Praxis ausüben darf, unterscheiden sie sich darin, wie dieses Prinzip ausgelegt wird. Wie viele Zugeständnisse und andere Vorteile sollten Kirchen von einem ihnen freundlich gesinnten Staat annehmen? Sollte es eine totale Ausschaltung aller Formen religiöser Anbetung und Religionsunterrichts an staatlichen Schulen geben? Können Baptisten Religionsunterricht von Geistlichen ohne Rücksicht auf ihre Denomination billigen? Welche staatliche finanzielle Hilfe und wie viel kann kirchlichen Schulen angeboten und von diesen angenommen werden? Die genauen Fragen, die in diesem Dokument erhoben wurden, zeigten deutlich, wie das eindeutige Trennungsprinzip anfangs, sich aufzulösen.

Die heutige Krise

Die Entstehung der neuen christlichen Rechten bzw. der neuen evangelikalen Rechten und die Übernahme und Neugestaltung der Südbaptistischen Versammlung durch die Fundamentalisten warfen dunkle Schatten auf die geheiligte Lehre der Trennung von Kirche und Staat. Nie wurde dies deutlicher als im August 1984 in Dallas, Texas, wo damals die Republikanische Partei ihren Bundesparteitag abhielt, der zu einem Festspiel der Zivilreligion wurde. W. A. Criswell, Pastor der First Baptist Church in Dallas, der größten Gemeinde in der SBC, wurde in den Abendnachrichten eines Fernsehsenders, den *CBS Evening News*, interviewt. Er wurde über die riesige Schau gefragt: Wie steht es bei so viel öffentlicher Religiosität mit der Idee einer Trennung von Kirche und Staat? Vor Millionen Zuschauern antwortete er: „Ich glaube, diese Vorstellung der Trennung von Kirche und Staat war das Fantasiegebilde irgendeines Ungläubigen (*figment of some infidel's imagination*).“¹⁹

Die christliche Rechte verlangte eine aktivistische Regierung, um den Säkularismus zu besiegen und die Moral einer angeblichen ehemals christ-

¹⁹ Vgl. R. V. Pierard, „Separation of Church and State: Figment of an Infidel's Imagination?“, in: R. Libowitz (Hg.), *Faith and Freedom: A Tribute to Franklin H. Littell*, Oxford 1987, 143.

lichen Nation wiederherzustellen. Das neue Führungsgremium der SBC stimmte der Forderung zu. Daher sollte der Gemeinsame Ausschuss eine politische Tagesordnung wie die der neuen Rechten unterstützen. Als der Ausschuss sich weigerte, dem nachzukommen, verweigerten die Südbaptisten alle finanzielle Unterstützung. Dann schufen sie ihre eigene „Kommission für Ethik und Religionsfreiheit“, die wenig Rücksicht auf den traditionellen baptistischen Standpunkt im Verhältnis von Staat und Kirche nimmt. Der Gemeinsame baptistische Ausschuss hat den Angriff überlebt und ist finanziell noch ziemlich gesund. Die SBC-Führung hat dieselben Maßnahmen gegenüber dem baptistischen Weltbund ergriffen, als sie herausfanden, dass es unmöglich war, den Weltbund entsprechend ihren Wünschen zu lenken. Der Weltbund gedeiht heute ohne das Geld und die Kontrolle der Südbaptisten.

Die rechten Kräfte, die eine Trennung ablehnen, sind stark und weit verbreitet. Theonome wollen für die Kirche, d. h. für ihre Art von Kirche, die totale Kontrolle über den Staat und das Volk. Theokratische Ideen bestimmen den Calvinismus, wie er von Albert Kuyper ausgelegt wurde. Evangelikale haben sich der Republikanischen Partei und ihren Programmen angeschlossen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 stimmten fast dreiviertel von ihnen für John McCain. Sie setzen auf einen starken Staat, um ihre moralische Tagesordnung durchzusetzen – hauptsächlich ein Totalverbot von Abtreibungen sowie eine totale Ablehnung der Rechte von Homosexuellen. Gerade jetzt finden es oft Gemäßigte und Liberale in anderen christlichen Gemeinschaften schwer, unsere Betonung der Trennung von Kirche und Staat zu akzeptieren.

Sind Separatisten eine verschwindende Minderheit? Das ist die ernste Frage unserer Zeit. Ich bin besorgt, aber ich glaube fest, dass unsere Position die richtige ist. Möge Gott uns helfen, unseren Weg klar zu erkennen und zu gehen.